



Fraktion der  
Christlich-Demokratischen Union  
im Rat  
der Stadt Braunschweig

<b>Antrag</b>	Datum	Nummer
Öffentlich	30.04.2013	2680/13
Absender CDU - Fraktion Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat	30.05.2013	
Verwaltungsausschuss	21.05.2013	
Finanz- und Personalausschuss	16.05.2013	
Planungs- und Umweltausschuss	15.05.2013	
Betreff / Beschlussvorschlag Aussetzung der Beteiligung Dritter an den städtebaulichen Folgekosten für soziale und technische Infrastruktur (Kita-Gebühr bei Neubauten)		

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

„Die bisher auf Grundlage von § 11 Abs. 1 Nr. 3 BauGB im Rahmen von städtebaulichen Verträgen mit Vorhabenträgern und Grundstückseigentümern erhobene finanzielle Beteiligung Dritter an den städtebaulichen Folgekosten für soziale und technische Infrastruktur (Kita-Gebühr bei Neubauten) wird zum 1. Juli 2013 für die Dauer von zwei Jahren ausgesetzt.“

**Begründung:**

Braunschweig ist eine kinderfreundliche Stadt. Familien mit Kindern sollen sich in Braunschweig wohlfühlen. Dazu gehört auch, dass Wohnraum für Familien erhalten und geschaffen wird und dass dieser Wohnraum bezahlbar ist und bleibt.

Die seit einiger Zeit geübte Verwaltungspraxis zur Beteiligung von Dritten an städtebaulichen Folgekosten für die soziale und technische Infrastruktur hat jüngst die Schaffung und Entwicklung von Wohnraum für Familien mit Kindern erschwert. Durch die von uns vorgeschlagene Aussetzung der Erhebung von Infrastrukturkostenumlagen für einen Zeitraum von zunächst zwei Jahren soll dieses Hindernis ausgeräumt werden.

Rechtzeitig vor dem Ablauf dieser zwei Jahre hat sodann der Rat der Stadt die Aufgabe, die Ergebnisse der Aussetzung zu bewerten und bspw. über einen dauerhaften Verzicht auf eine derartige Kostenbeteiligung zu entscheiden.

Ausschlaggebend ist neben den bereits genannten Gründen, dass eine derartige Kostenumlage auch in umliegenden Städten nicht erhoben wird und sich deshalb als negativer Standortfaktor für Braunschweig entwickeln könnte. Bei einer Aussetzung ist daher von einer Belebung der Bautätigkeit in Braunschweig auszugehen, was wiederum mittelbar positive Auswirkungen auf die Haushaltssituation der Stadt Braunschweig haben wird.

Klaus Wendroth  
Fraktionsvorsitzender